

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]

Gesendet: Mittwoch, 23. Mai 2012 09:46

An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)

Betreff: Schulausschuss deckt auf: Rabe will Weichen für flächendeckende Zwangs-Ganztagschulen stellen

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, liebe Schulsekretariate
und liebe Schulleitungen,

Hamburgs Schulsenator Ties Rabe betont gerne, dass seine Pläne für die Ausweitung von Ganztagschulen in Hamburg auf „Freiwilligkeit“ basieren sollen. Die gestrige Sitzung des Schulausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft, die sich mit dem **Gesetzentwurf des SPD zur Änderung des Schulgesetzes** und „Weiterentwicklung“ der Ganztagschulen befasste:

Drs. 20/3642: „Weiterentwicklung von ganztägigen Angeboten an Schulen“

<https://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=36245&page=0>

deckte jedoch auf, dass nach dem Gesetzentwurf von einem Rechtsanspruch der Hamburger Eltern darauf, auch künftig für ihr Kind in zumutbarer Entfernung noch ein Halbtagsangebot vorzufinden, keine Rede mehr sein kann: Auf den Hinweis des Ausschussvorsitzenden Walter Scheuerl, dass sich in dem Gesetzentwurf **keine Regelung einer Freiwilligkeit** des Besuchs einer Ganztagschulen und schon gar **kein Rechtsanspruch auf ein Halbtagsangebot in zumutbarer Entfernung** befindet, konnte Senator Rabe nur ausweichend antworten. In blumigen Worten beschrieb der Senator, dass die Behörde *auf Grund der fehlenden finanziellen Mittel auf absehbare Zeit ja gar nicht in der Lage sei, alle Hamburger Grundschulen flächendeckend in gebundene Ganztagschulen umzuwandeln.*

Exakt in diesem Punkt war ihm jedoch auf eine andere Frage des Ausschussvorsitzenden etwas zuvor **ausgerechnet der Leiter der Rechtsabteilung der Schulbehörde, Andreas Gleim, unfreiwillig in den Rücken gefallen**: Herr Gleim hatte auf die Frage, weshalb der Senat beabsichtige, die bisherige klare **Qualitäts-Voraussetzung für die Einrichtung von Ganztagschulen** in § 13 SchulG a.F. („Schulen können ... auf Antrag der Schulkonferenz als Ganztagschulen geführt werden, wenn die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen erfüllt sind oder erfüllt werden können.“) **ersatzlos zu streichen**, geantwortet, dass es sich bei dieser Regelung aus Sicht der Schulbehörde nur um einen *Haushaltsvorbehalt* gehandelt habe - bisher habe die Schulbehörde nur dann Ganztagschulen einrichten können, wenn die entsprechenden Mittel im Haushalt eingestellt seien. Dieser **Haushaltsvorbehalt solle jetzt gestrichen werden.**

Mit anderen Worten: Sollte der Gesetzentwurf am 13./14. Juni 2012 von der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft verabschiedet werden, erhält Senator Rabe eine *Carte Blanche*, flächendeckend und frei von finanziellen Haushaltsvorbehalten gebundene Ganztagschulen einzurichten. In der Ausschusssitzung gestern sprach er bereits davon, dass er in den kommenden 2 Jahren 190 der 200 Grundschulen umgestellt sehen wolle. Das Mitspracherecht der Elternvertreter in den Schulkonferenzen braucht ihn dabei nicht zu stören: Denn über die ihm dienstrechtlich unterstellten Schulleiter und Lehrkräfte hat er in den Schulkonferenzen der Grundschulen zusammen mit den Vertretern des sog. nichtpädagogischen Personals stets die Mehrheit auf Behördenseite sicher.

Der Gesetzentwurf von Senator Rabe zur Änderung des Schulgesetzes und Ausweitung der gebundenen Zwangs-Ganztagschulen in Hamburg (Kopie anbei) geht damit in seiner Reichweite des damit verbundenen Eingriffs in die Elternrechte noch weit über die Primarschul-Pläne hinaus.

Freiwillige Ganztagsangebote mit qualitativ hochwertigen Nachmittagsangeboten – von denen die gegenwärtigen GBS-Schulen und -Projekte mit ihrer Nachmittagsbetreuung der Kinder in Multifunktionsräumen noch weit entfernt sind - sind eine sinnvolle Ergänzung des schulischen Angebotes. Es gibt aber eine sehr große Zahl von Familien in Hamburg, die ihre Kinder nachmittags selbst oder in anderen freien Angeboten fördern möchten. Die Kinder dieser Familien dürfen nicht in gebundene Ganztagschulen gezwungen werden. Nicht flächendeckend und auch nicht regional in

einzelnen Stadtteilen, in denen es künftig kein Halbtagsangebot mehr gibt, wenn Senator Rabe mit seinen Plänen durchkommt.

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

**„Wir wollen lernen!“
Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.**

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-187
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14. Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahneempfehlung als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld.

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.